

## Erhalt der Biodiversität

**Konsequente und schnelle Umsetzung des Biodiversitäts-Stärkungsgesetzes.**

Nicht das Gesetz allein, sondern die praktische Umsetzung und Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen bewirkt eine Stärkung der Biodiversität in unserem Land. Auch wenn durch die Verabschiedung des Gesetzes ein ganz wichtiges Etappenziel erreicht wurde, steht für die NaturFreunde fest: Baden-Württemberg steht im Hinblick auf eine erfolgreiche Trendwende beim Artensterben erst am Anfang. Der Landtag hat den Haushalt des Landes für die Jahre 2020/2021 in dritter Lesung am 18.12.2019 beschlossen und dabei auch sehr umfangreiche Mittel in Höhe von über 60 Millionen u. a. für den Ökolandbau und den Schutz der Biodiversität bereitgestellt.

**Wieviel Mittel planen Sie bzw. wird Ihre Partei im nächsten Haushalt für diese Bereiche zur Verfügung stellen?**

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB) begrüßt die Verabschiedung des Biodiversitäts-Stärkungsgesetzes. Die Bewilligung von 60 Millionen € u.a. für den ökologischen Anbau und den Schutz der Biodiversität begrüßen wir ebenfalls, würden allerdings nachbessern, wenn sich herausstellen sollte, dass diese Mittel nicht ausreichen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landesregierung auch über die Förderrichtlinien der EU hinaus alles daran setzt, dass letztlich nur noch ökologische Landwirtschaft sowie nachhaltig und umweltfreundlich hergestellte Produkte und Bauvorhaben gefördert werden.

Artensterben wird durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst. Daher fordern wir langfristig die vollständige Umstellung auf ökologische Landwirtschaft inklusive einer schärferen Düngemittelverordnung und einer Reform der Nutztierhaltung. Wir schließen uns den Forderungen der Scientists for Future an. Ganz praktisch braucht es außerdem größere Naturschutz-, Wasser- und Landschaftsschutzgebiete, geschützte Wanderrouten für Tiere durch Verbindungen bzw. Trassen zwischen Schutzgebieten, gezieltes Brachliegen lassen von Feldern, Belassen von Waldsäumen und Hecken, die seltenen Arten Lebensraum bieten. Wo aufgeforstet wird, muss eine möglichst hohe Biodiversität vor Ertrag fokussiert werden. Der Eintrag von Arten, die einheimische Pflanzen verdrängen, soll aktiv beschränkt werden, gleichzeitig sollen alte Nutzpflanzen wieder verstärkt zum Einsatz kommen, soweit dies Klima und Boden zulassen.

## Soziale Flankierung & Klimaschutz

**Klimaschutz muss immer auch sozialverträglich gestaltet werden**

Die NaturFreunde vertreten die Auffassung, dass soziale Gerechtigkeit eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Klimapolitik ist. Insbesondere in den Städten muss die energetische Sanierung sozialverträglich gestaltet werden. Im vermieteten Bestand sind aber Kosten und Nutzen zwischen Vermieter und Mieter nicht fair verteilt. Die Kaltmiete erhöht sich nach einer energetischen Sanierung durch die Modernisierungsumlage um bis 8 %. Dadurch steigen die jährlichen Ausgaben der Mieter deutlich, was zu einer Verdrängung führen kann. Solange auf Bundesebene nur unzureichende Regelungen existieren, sollten auf Landesebene ergänzende Regelungen und Förderungen angeboten werden z. B. in Form von Sonderförderungen, zusätzlich zu den KfW-Zuschüssen. Ohne Klärung der Verteilungsfrage – also wer die Kosten der Energiewende letztendlich zu tragen hat, besteht die Gefahr, dass Klimaschutzziele nicht eingehalten werden.

**Sind Sie bzw. Ihre Partei bereit, die von uns geforderte soziale Flankierung des Klimaschutzes umzusetzen?**

**Um welche konkreten Maßnahmen würde es sich handeln?**

**Kommentiert [1]:** BGE als Sockelbetrag der Existenzsicherung

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB) unterstützt die Forderung nach sozial verträglichem Umweltschutz voll und ganz. Neben den KfW-Zuschüssen sollen einkommensschwache Haushalte von den Einnahmen durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer profitieren können, beispielsweise durch Entlastung bei der EEG-Umlage oder durch Auszahlung einer energieverbrauchsabhängigen Dividende.

Eine effektive und lückenlose Mietpreisbremse soll dafür sorgen, dass durchgeführte Sanierungsmaßnahmen nicht unverhältnismäßig auf Mieter\*innen umgelegt werden. Die von uns geforderte Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde zusätzlich Menschen mit niedrigem Einkommen entlasten.

## Klimagerechtigkeit

**Mehr Unterstützung des Globalen Südens im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels**

Alle Länder sind von den Folgen des Klimawandels betroffen oder werden betroffen sein. Allerdings werden diejenigen, die durch ihren geringen Ressourcenverbrauch und Ausstoß von Treibhausgasen am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, im Schnitt viel stärker den daraus resultierenden existenziellen Bedrohungen ausgesetzt. Dies gilt in besonderer Weise für den Globalen Süden.

Neben der finanziellen Unterstützung von Schutz- und Anpassungsmaßnahmen im globalen Süden, sollten auch folgenden Maßnahmen nach Auffassung der NaturFreunde dringend gefördert werden.

Austausch von Wissen und Technologie mit dem globalen Süden, die Wiederaufforstung z.B. von Mangrovenwäldern, die Bekämpfung der Wüstenbildung, kommunale Klimapartnerschaften zwischen Baden-Württemberg und dem globalen Süden.

**Sind Sie bzw. Ihre Partei bereit, diese Maßnahmen in der neuen Legislaturperiode anzugehen?**

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB) hält die von Ihnen beschriebenen Maßnahmen für notwendig und sinnvoll und wird diese inklusive kommunaler Klimapartnerschaften angehen. Als weitere Maßnahmen wollen wir auch jeden unkontrollierten Export von Abfall aus der EU sowie deren verfehlte Handels- und Subventionspolitik stoppen. Nur so kann die weitere Zerstörung der Umwelt und der heimischen Märkte der Länder im globalen Süden durch die reichen Länder im globalen Norden beendet werden. Unfaire Freihandelsabkommen müssen angepasst oder wieder verworfen werden. Neben gezielten Aufforstungsprojekten und Bekämpfung der Wüstenbildung wollen wir insbesondere den Schutz und die Bereitstellung von Trinkwasser für alle sowie eine dezentrale Energieversorgung voranbringen. Eine Anpassung der Entwicklungshilfe in Form von fokussierten Zuschüssen für einzelne Projekte oder in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte dabei unterstützen, dass die Menschen im globalen Süden unabhängiger von korrupten Eliten werden, Kinderarbeit eingestellt werden kann usw.

Ein weiterer Faktor ist aus unserer Sicht der Transfer von Wissen sowie der systematische Aufbau desselben in den betroffenen Ländern zu Klima- und Umweltschutz ebenso wie zur nachhaltigen Landwirtschaft. Wir wollen diesen nicht nur gezielt fördern, sondern auch dafür sorgen, dass ein Wissensaustausch auf Augenhöhe und in wechselseitiger Unabhängigkeit erfolgt.

**Kommentiert [2]:** Kein subventionierter Export von Lebensmitteln und Kleidung nach Afrika um die dortigen Kleingewerbe zu erhalten.

**Kommentiert [3]:** Kein Freihandelsabkommen "Mercosur" um das Abholzen des Amazonas zu unterbinden.

## Mobilitätswende

Die NaturFreunde sind Teil der Allianz „Mobilitätswende Baden-Württemberg“

Diese Allianz sieht sich den Beschlüssen des UN-Klimarahmenabkommens von Paris verpflichtet. Wir wollen den vom Menschen verursachten Klimawandel bis zum Ende des Jahrhunderts auf eine globale Temperaturerhöhung von unter 2 Grad möglichst auf 1,5 Grad begrenzen, damit künftige Generationen gut auf unserem Planeten leben können. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir unsere Mobilitätskultur jetzt schnell ändern. Wir setzen uns das Ziel, dass die Mobilitätswende in Richtung Klimaneutralität in Baden-Württemberg bis 2035 abgeschlossen ist. Das gelingt nur mit einem ambitionierten Umbau der Infrastruktur, mit klimaneutralen Technologien und einer Mobilitätswende in den Köpfen.

Die Forderungen der Allianz sind u.a.: Eine Milliarde Euro pro Jahr mehr für den Umweltverbund, ein Moratorium im Straßenbau, verkehrsberuhigte Ortskerne (mehr unter: <https://mobilitaetswende-bw.de/>).

Sind Sie bzw. Ihre Partei bereit diese Forderungen in den nächsten Jahren zu realisieren. Welche Maßnahme würden sie umsetzen und welche nicht?

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB) beabsichtigt, die Infrastruktur derart anzupassen, dass es eine Umkehr von den autogerechten Städten zurück zu einem gesunden Mix an Lebensräumen für die Bürger\*innen gibt. Neben einem Tempolimit von 130 km/h fordern wir die Umstellung auf einen kostenlosen Nahverkehr und die Einstellung des Flugverkehrs für Flugstrecken unterhalb 1000 km. Parallel soll der Schienenverkehr entsprechend ausgebaut werden. Im ländlichen Raum sollen Radwegenetze sicher ausgebaut und erweitert werden. Auch dort sollen intelligente Systeme wie Carsharing, Bürgerbusse, Mitfahrbanke, Ruftaxi usw. gefördert werden, um außerhalb von Großstädten eine Reduzierung des Individualverkehrs erzielen zu können. Die Förderung von Homeoffice-Arbeitsplätzen könnte für zusätzliche Entlastung sorgen.

**Kommentiert [4]:** 30 km/h innerorts zur Verkehrsberuhigung. Beschließung über Bürgerräte der betroffenen Kommunen.